

Antrag auf Leistungen

**gemäß der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen als Soforthilfe zur Bewältigung der Energiekrise bei Integrationsagenturen und Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit“
vom 8. November 2023**

(Runderlass des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalens)

1. Allgemeine Angaben/Antragsteller	
Antragstellerin/ Antragsteller:	
Anschrift:	
Auskunft erteilt (Name, E-Mail-Adresse)	
Telefon-Nr. Fax-Nr.	
Bankverbindung:	Bezeichnung des Kreditinstitutes:
	IBAN: BIC:
2. Maßnahme	
Zeitraum ¹ :	xx.xx.2023 bis 31.12.2023
Beschreibung der Maßnahme:	Abdeckung zusätzlicher Sachausgaben zur Aufrechterhaltung des Betriebs von Integrationsagenturen und Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit vor dem Hintergrund der aktuell krisenbedingt gestiegenen bzw. steigenden Energiepreise, der hohen Inflation sowie einer verstärkten Inanspruchnahme sozialer Infrastruktur.
Geltungsbereich	☐ Regelverfahren Integrationsagenturen ☐ Weiterentwicklung Antidiskriminierungsarbeit
3. Finanzierungsplan	
Art der Ausgaben:	Sachausgaben in Abhängigkeit vom Fördersatz je maximal förderfähiges Vollzeitäquivalent der Integrationsfachkräfte bzw. Koordinator:innen (7,64 % der bewilligten Sachausgabenpauschale gemäß Nr. 5.5.1 den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund für das Jahr 2023).
Bewilligte Sachausgabenpauschale für das Jahr 2023 (gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur	Euro

¹ Die Maßnahme muss bis zum 31. Dezember 2023 beendet sein.

Förderung von Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund):	
Faktor für die Soforthilfepauschale zur Energiekrise (in Prozent):	7,64%
Beantragte Gesamtsumme: (Bewilligte Sachausgabenpauschale multipliziert mit dem Faktor Soforthilfepauschale in %)	Euro
☐	Ich beantrage hiermit die o. g. Zuwendung für das Jahr 2023 gem. § 44 LHO aus dem Sondervermögen gem. § 2 Abs. 2 Buchstabe a) NRW-Krisenbewältigungsgesetz.
☐	Ich bestätige hiermit, dass die zusätzlichen Ausgaben zur Aufrechterhaltung des Betriebs von Integrationsagenturen und Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit erforderlich sind.
☐	Die Zuwendung soll auf das oben benannte Konto überwiesen werden.
4. Erklärungen der/des Antragstellenden	
Die/der Antragstellende erklärt, dass	
4.1	sie/er zum Vorsteuerabzug ² ☐ nicht berechtigt ist ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat (Preis ohne Umsatzsteuer),
4.2	sie/er für den beantragten Zweck keine weiteren Fördermittel im Sinne einer Doppel-Förderung in Anspruch nimmt und ihm bewusst ist, dass bei Zuwiderhandlung der Tatbestand des Subventionsbetruges gemäß § 264 StGB erfüllt sein kann,
4.3	die Angaben in diesem Antrag vollständig und richtig sind,

Ort, Datum

Unterschrift der/des Vertretungs-
berechtigten des antragstellenden Trä-
gers

² Zutreffendes bitte ankreuzen